

Armenien: Die Unterstützung des Reformprozesses durch die OSZE¹

Einführung

Armenien trat der OSZE wie die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion 1992 bei. 1999 stimmte die armenische Regierung der Einrichtung eines OSZE-Büros in Eriwan zu. Dieser Schritt war ein Meilenstein im Verhältnis Armeniens zur OSZE, durch den die Kooperation eine völlig neue Dimension erhielt. Der Beschluss des Ständigen Rates zur Eröffnung des OSZE-Büros wurde am 22. Juli 1999 gefasst und die Vorbereitungen waren in vollem Gange, als am 27. Oktober Armeniens Ministerpräsident, der Parlamentssprecher, zwei stellvertretende Sprecher, ein Minister und drei Abgeordnete im Plenarsaal der armenischen Nationalversammlung einem Mordanschlag zum Opfer fielen. Das Attentat erschütterte die armenische Nation. In den darauf folgenden Jahren waren die Strafverfolgung und der Prozess gegen die Attentäter eines der wichtigen Themen der innenpolitischen Debatte in Armenien. Die öffentliche Diskussion ist zwar seit dem Abschluss des Verfahrens im Dezember 2003 abgeebbt, die Nachwirkungen sind jedoch im politischen Leben Armeniens immer noch spürbar. Das OSZE-Büro konnte seine Arbeit aufgrund der tragischen Ereignisse nur mit Verzögerung aufnehmen und wurde schließlich im Februar 2000 offiziell eröffnet.

Armeniens Verhältnis zur OSZE

Armenien arbeitet sehr aktiv in den Einrichtungen der OSZE mit, vor allem in den letzten Jahren. Seit der Eröffnung des OSZE-Büros in Eriwan im Jahr 2000 sind die Beziehungen zwischen der OSZE und Armenien infolge des erhöhten Informationsaustauschs und des intensivierten Dialogs noch enger geworden. Der erste Leiter des Büros, Botschafter Roy Reeve aus Großbritannien, hat viel dazu beigetragen. Seit der Einrichtung des OSZE-Büros unterstützt Armenien das ganze Spektrum der OSZE-Aktivitäten im Land uneingeschränkt. Für die Beziehungen zwischen einem Gastland und der OSZE ist das ungewöhnlich und keineswegs selbstverständlich, da nicht alle Länder, in denen sich OSZE-Missionen aufhalten, diese Haltung teilen. Das Verhältnis kann nur als äußerst kooperativ und dem Sinn und Zweck der OSZE entsprechend bezeichnet werden.

¹ Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autorin wieder und nicht die Positionen der OSZE.

Aufgrund der Tatsache, dass die OSZE – anders als der Europarat – eine politische Organisation ohne rechtlich bindende Merkmale ist, haben die Teilnehmerstaaten ein außergewöhnliches Verhältnis zu der Organisation. Armenien beherzigt das in besonderem Maße und versucht, seine Mitgliedschaft in der Organisation bestmöglich zu nutzen. Es arbeitet sehr offen mit allen Einrichtungen der OSZE zusammen und beteiligt sich besonders aktiv an OSZE-Treffen, vor allem den Sitzungen des Ständigen Rates in Wien. Trotz der geringen Größe seiner Wiener Vertretung (die darüber hinaus auch noch für die Beziehungen zu Österreich und seinen Nachbarstaaten sowie zu den Vereinten Nationen in Wien zuständig ist) nimmt die armenische Delegation an einer Vielzahl von informellen Treffen, *Ad-hoc*-Ausschüssen und Arbeitssitzungen teil.

Entsprechend dem ihm per Beschluss des Ständigen Rates erteilten Mandat soll das OSZE-Büro die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in den drei OSZE-Dimensionen fördern und so zu Stabilität und Sicherheit in Armenien beitragen. Das Mandat kann jedoch auch dahingehend interpretiert werden, dass es implizit den Hinweis auf eine potenzielle Frühwarn- und Konfliktverhütungsfunktion enthält, da diese zu den Hauptzielen der Organisation gehört. Anders als einige andere Missionen, die sich mit virulenten oder eingefrorenen Konflikten befassen, hat das OSZE-Büro in Eriwan kein solches Mandat. Der Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befasst (Berg-Karabach), wird von anderen Gremien der OSZE bearbeitet (der Minsk-Gruppe, dem Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und der Hochrangigen Planungsgruppe) und wird deshalb in diesem Beitrag nicht behandelt.

Sicherheitskooperation

Die OSZE begleitet Armenien auf seinem Reformweg, indem sie ständig auf neue Entwicklungen im Land achtet und reagiert. Trotz seiner Fortschritte leidet Armenien unter mehreren aus dem Innern kommenden Bedrohungen seiner Sicherheit, die auf seine geographische Lage, den Mangel an Rohstoffen, schwache demokratische Institutionen, die schlechte Wirtschaftslage, die Blockade zweier seiner vier Grenzen und eine verschmutzte Umwelt zurückzuführen sind. Die OSZE versucht mit ihrem umfassenden, multidimensionalen Sicherheitsansatz durch ihre Präsenz vor Ort zum allgemeinen Sicherheits- und Stabilitätsaufbau beizutragen und arbeitet dazu in verschiedene Richtungen, so fördert sie z.B. die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft innerhalb des Landes und bemüht sich gleichzeitig, Verbindungen auf internationaler Ebene herzustellen.

Das OSZE-Büro beobachtet täglich die Lage im Land und berichtet den Teilnehmerstaaten in Wien alle zwei Wochen. Die Berichterstattung dient der Aufnahme des Dialogs mit den Teilnehmerstaaten, so dass diese zeitnah auf

Entwicklungen im Land reagieren können. Grundlage der Berichte ist das Bemühen des OSZE-Büros, mit allen relevanten Gesprächspartnern in ständigem Kontakt zu bleiben. Wichtigster Ansprechpartner ist zwar das Außenministerium, das OSZE-Büro hat jedoch offenen und ungehinderten Zugang zu allen einschlägigen Ministerien, Regierungsstellen und Institutionen. Darüber hinaus pflegt das OSZE-Büro ebenso regelmäßige Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Einrichtungen (z.B. NGOs) und den armenischen Medien und arbeitet häufig mit ihnen zusammen. Alles in allem hat das OSZE-Büro ein ausgesprochen ungezwungenes und offenes Verhältnis zu allen Akteuren im Land. In Zeiten, in denen die innenpolitische Situation sich schnell verändern kann, z.B. vor und nach Wahlen, ist das besonders wichtig. Hier wird gleichzeitig die nicht explizit im Mandat enthaltene Funktion des OSZE-Büros, Frühwarnung und Konfliktverhütung, deutlich. Ebenso wichtig ist die Rolle des OSZE-Büros vor Ort jedoch, wenn sich die politischen Bedingungen unvorhergesehen oder unabhängig von geplanten Ereignissen wie z.B. Wahlen ändern. Gerade in solch äußerst wichtigen Zeiten eines möglichen politischen Wandels arbeitet die OSZE, vor allem durch ihre Präsenz vor Ort, besonders intensiv mit Armenien zusammen. Die Häufigkeit der Konsultationen, der intensive Informationsaustausch sowie die Beobachtung und Berichterstattung dienen dazu, Armenien dabei zu helfen, seinen Weg demokratischer Reformen auf friedliche und sichere Weise zu gehen. Wie bereits erwähnt, haben alle armenischen Gesprächspartner großes Vertrauen zur OSZE und sind davon überzeugt, dass die Organisation geeignet ist, Armenien bei der Erreichung seiner Ziele zu unterstützen.

Beziehungen zu internationalen Organisationen

Wie andere sich entwickelnde Demokratien auch findet Armenien auf seinem Weg in die Zukunft veränderte wirtschaftliche, soziale und vor allem politische Bedingungen vor. Seiner Lage im Südkaukasus verdankt es seine einzigartige Stellung zwischen Europa und Asien. Der Antrieb für seine Reformen ist das Bestreben, ein Teil Europas zu werden, was insbesondere mit Beginn der Gespräche mit der EU über die Aufnahme Armeniens in das Programm „Erweitertes Europa – Nachbarschaft“ deutlich wurde. Seit 2003 legt die EU ein verstärktes Interesse am Südkaukasus an den Tag, was durch die Einsetzung eines Sonderbeauftragten für die Region ebenso zum Ausdruck kommt wie durch die Aufnahme Armeniens in das europäische Nachbarschaftsprogramme im Juni 2004. Im Januar 2001 wurde Armenien Mitglied des Europarats, was ebenfalls direkte Auswirkungen auf den Reformprozess im Lande hatte. Darüber hinaus ist Armenien Mitglied der Vereinten Nationen, deren Programme in direkter Zusammenarbeit mit der Regierung Armeniens umgesetzt werden. Armenien beteiligt sich am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (*Partnership for Peace, PFP*), ist Mitglied im

Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) und begrüßt NATO-Initiativen im Bereich militärischer Sicherheit. Armenien war Gastgeber für NATO-Schulungsmaßnahmen und nimmt an NATO-Aktivitäten im Ausland teil. Bedauerlicherweise wird die Bereitschaft zur Beteiligung nicht immer von anderen Gastländern erwidert, und einmal gab es sogar einen tragischen Zwischenfall.²

Aktuelle politische Entwicklungen

Das OSZE-Büro verfolgt die politischen Entwicklungen im Land seit seiner Eröffnung mit großer Intensität. 2003 war für Armenien ein wichtiges Jahr: Im Februar/März fanden Präsidentschaftswahlen und im Mai parallel zu einem Referendum über Verfassungsänderungen Parlamentswahlen statt. 2003 war nicht nur für Armenien, sondern auch für die anderen südkaukasischen Länder ein „heißes“ Wahljahr: In Aserbaidschan fanden im Oktober Präsidentschaftswahlen und in Georgien im November Parlamentswahlen statt (die später zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen führten).

Den Wahlen in Armenien im Jahr 2003 wurde große Aufmerksamkeit geschenkt, in der Hoffnung, dass diese Wahlen endlich internationalen Standards entsprechen würden. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE und die Beobachtermission des Europarats gelangten jedoch zu dem Urteil, dass keine der armenischen Wahlen des Jahres 2003 international anerkannten Ansprüchen an eine Demokratie genügt habe. Es wurden vielmehr ähnliche Probleme und Verstöße beobachtet wie bereits bei früheren Wahlen in Armenien. Dennoch waren die Wahlen in mancher Hinsicht bemerkenswert: Erstmals wurde in einem Land der GUS der amtierende Präsident nicht im ersten Wahlgang wiedergewählt. Auch war Armenien das erste Land der GUS, das durchsichtige Wahlurnen einsetzte. Zum ersten Mal seit 80 Jahren schaffte keine kommunistische Partei den Sprung ins Parlament. Und ebenfalls zum ersten Mal in einem GUS-Land wurde ein vom Präsidenten vorgeschlagenes Referendum von den Wählern nicht angenommen.

Anzahl und Art der bei den Wahlen aufgetretenen Unregelmäßigkeiten wurden zwar von der internationalen Gemeinschaft außerordentlich bedauert; bemerkenswert ist jedoch, dass das armenische Verfassungsgericht sich einiger Vorkommnisse in Zusammenhang mit beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahlen und den Parlamentswahlen angenommen hat. Das Gericht entschied zwar hinsichtlich der beiden Wahlgänge der Präsidentschaftswahlen, dass es Unregelmäßigkeiten gegeben habe, diese jedoch nicht schwerwiegend

2 So konnten beispielsweise Vertreter Armeniens nicht zu NATO-Übungen nach Aserbaidschan einreisen und während eines NATO-Sprachkurses in Budapest wurde ein armenischer Soldat von einem aserbaidshanischen ermordet; beide Fälle ereigneten sich im Jahr 2004.

genug gewesen seien, um den Wahlausgang in Frage zu stellen. Das abschließende Urteil des Verfassungsgerichts über den zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen hat noch heute Auswirkungen auf die armenische Gesellschaft. Es enthält u.a. die Empfehlung, „das Gesetz über das Referendum im Einklang mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit innerhalb eines Jahres mit den Erfordernissen der armenischen Verfassung in Übereinstimmung zu bringen und die Vorbereitungen für ein Vertrauensreferendum als wirksame Maßnahme zur Überwindung des sozialen Widerstands, der sich während der Präsidentschaftswahlen verschärft hat, fortzusetzen“.³ Für die Opposition, die daran festhält, dass die Wahlergebnisse gefälscht und die derzeitige Regierung illegitim sei, war das ein wichtiges Signal. Die Oppositionsfraktionen im Parlament bestehen auf einer Ergänzung des Referendumsgesetzes, die das empfohlene Vertrauensreferendum über den Präsidenten ermöglicht. Die Regierung beabsichtigt hingegen nicht, der im Urteil des Verfassungsgerichts enthaltenen Empfehlung zu folgen, da diese nicht rechtsverbindlich sei. Die Oppositionsfraktionen im Parlament beschlossen daraufhin, ihre Protestaktionen mit einem Boykott der parlamentarischen Frühjahrssitzungsperiode, die in der ersten Februarwoche 2004 begann, einzuläuten. Es folgten zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen, zunächst in den Provinzen des Landes und später in Eriwan. Sie wurden von etlichen Festnahmen und Verhaftungen von Anhängern der Opposition und Gewalt gegen Versammlungsteilnehmer und Journalisten, die über die Ereignisse berichteten, begleitet. Diese Entwicklungen haben bei der OSZE und der internationalen Gemeinschaft große Besorgnis ausgelöst. Die Spannungen erreichten mit einer Kundgebung vor dem Gebäude der Nationalversammlung in der Nacht vom 12. auf den 13. April ihren Höhepunkt, flauten dann im Verlaufe des Sommers jedoch ab. Die Opposition hält den Parlamentsboykott zwar weitgehend aufrecht, hat aber trotz ihrer erklärten Absicht, ihren öffentlichen Protest fortzusetzen, seitdem keine Kundgebungen mehr veranstaltet.

Bei den Parlamentswahlen im Mai 2003 kam es ebenfalls zu Unregelmäßigkeiten im Wahlverlauf. In einigen Fällen wurde daher von den lokalen Wahlkommissionen eine Wahlwiederholung angeordnet, in anderen vom Verfassungsgericht. Besonders bedenklich war in einigen Fällen die Vergabe der nach dem Mehrheitswahlrecht gewählten Sitze, da es dabei offenbar gang und gäbe ist, dass gutsituierte Geschäftsleute ihre Wählerschaft kaufen.

Am selben Tag wie die Parlamentswahlen fand ein Referendum über vom Präsidenten vorgeschlagene Verfassungsänderungen statt. Mehrere dieser Änderungsvorschläge betreffen Verpflichtungen Armeniens gegenüber dem Europarat. Die Behörden unternahmen nur wenig, um das Referendum öffentlich bekannt zu machen, geschweige denn den Inhalt der Änderungsvorschläge. Es war daher nicht verwunderlich, dass diese nicht die für die An-

3 Urteil des armenischen Verfassungsgerichts vom 16. April 2003 (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

nahme erforderliche Stimmenzahl erhielten, obwohl die Zahl der Wählerstimmen für die Änderungen knapp über derjenigen der Neinstimmen lag. Nach diesen Ereignissen muss Armenien einmal mehr seine Wahlgesetze überarbeiten und ergänzen und die Verfassungsänderungen erneut umschreiben und der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen. Man hofft, dass das novellierte Wahlgesetz bis Ende 2004 vom Parlament verabschiedet werden kann; das kann sich jedoch auch bis 2005 hinziehen. OSZE und Europarat sind in die Wahlrechtsreform intensiv einbezogen, indem sie Unterstützung leisten und Expertise bereitstellen. In Bezug auf die Verfassungsänderungen gab der Europarat in einer Resolution der Parlamentarischen Versammlung vom Januar 2004 der Erwartung Ausdruck, „[...] dass so schnell wie möglich, spätestens jedoch im Juni 2005, ein Referendum abgehalten werden kann“.⁴

Das OSZE-Büro in Eriwan unterstützt Armenien

Angesichts dieser und anderer Entwicklungen legt das OSZE-Büro seine Arbeit von Jahr zu Jahr neu fest. Im Rahmen seines allgemeinen Mandats, Sicherheit und Stabilität zu fördern, konzentriert sich das OSZE-Büro auf die Förderung von verantwortlicher Regierungsführung, umfassende Gesetzesreformen, Bewusstseinsbildung, z.B. im Bereich der Menschenrechte, sowie die Förderung der Zivilgesellschaft und veranstaltet Diskussionsrunden zu wichtigen Themen, wie z.B. die Bekämpfung der Korruption, an denen verschiedene gesellschaftliche Akteure teilnehmen. In den letzten Jahren ist die OSZE verstärkt dazu übergegangen, Armenien zur Förderung seiner Ziele mit konkreten Aktivitäten und Projekten zu unterstützen. Dies gilt für alle drei OSZE-Dimensionen, wobei die Aktivitäten im politisch-militärischen und im ökonomisch-ökologischen Bereich insbesondere seit 2003 zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ende 2002 beschloss die OSZE-Teilnehmerstaaten, den Haushalt des OSZE-Büros für das Jahr 2003 um zusätzliche Programmmittel, d.h. finanzielle und personelle Ressourcen, aufzustocken, die speziell für Aktivitäten in der politisch-militärischen und der ökonomisch-ökologischen Dimension eingesetzt werden sollen. In der Folge bat das OSZE-Büro im Jahr 2004 die Teilnehmerstaaten, Mittel für die Fortsetzung dieser Aktivitäten direkt über den regulären Haushalt zu finanzieren. Auch der Haushaltsentwurf des Büros für das Jahr 2005 geht von einer solchen Regelung aus. Dadurch gibt es nun eine solide Basis für OSZE-Aktivitäten in diesen beiden Dimensionen in Armenien, die die bereits gut eingeführte Arbeit im Bereich der menschlichen Dimension ergänzen.⁵ Die

4 Council of Europe Parliamentary Assembly Resolution 1361(2004)[1], “Honouring of obligations and commitments by Armenia”.

5 Am 3. Juli 2004 unterzeichneten die Präsidenten von neun Mitgliedsländern der GUS eine gemeinsame Erklärung, die mehrere Punkte für eine Reform der OSZE enthält. Die Aufmerksamkeit galt dabei vor allem der Arbeit in den drei Dimensionen; in der Erklärung wird insbesondere gefordert, „die Unausgewogenheit zwischen den drei Dimensionen [...]“

menschliche Dimension, die von Beginn an das Fundament der Organisation war, bleibt auch weiterhin eine der Grundlagen, auf denen die Arbeit der OSZE in Armenien beruht. Mit der Weiterentwicklung der gesamten Organisation im Laufe der Jahre ist die Ausgewogenheit der drei Dimensionen immer wichtiger geworden, was in der Arbeit der Feldmissionen zunehmend seinen Niederschlag findet.

Die politisch-militärische Dimension

In Übereinstimmung mit den neuen politischen Prioritäten, die zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel vor Ort, aber auch im Sekretariat, geführt haben, ist die OSZE in Armenien im Bereich der politisch-militärischen Dimension vor allem auf zwei neuen Gebieten aktiv: Polizeireform und Terrorismusbekämpfung. In Bezug auf die Polizeiarbeit unterzeichnete das Büro gemeinsam mit der Gruppe „Strategische Polizeiangelegenheiten“ (*Strategic Police Matters Unit*, SPMU) im OSZE-Sekretariat im Jahr 2003 ein Kooperationsmemorandum mit der armenischen Polizei. Ziel des Polizeiunterstützungsprogramms ist es, das Vertrauen zwischen Polizei und Bevölkerung zu fördern. Nach eingehender Prüfung wurden drei Kooperationsprojekte ausgewählt: ein Pilotprojekt zur bürgernahen Polizeiarbeit in einem Stadtteil Eriwans, ein Projekt zur Sanierung des Ausbildungszentrums der Polizei und ein Projekt zur Verbesserung des Notrufsystems in Eriwan.

Terrorismusbekämpfung ist naturgemäß viel schwieriger zu handhaben und es ist verständlich, dass es bei den armenischen Behörden größere Vorbehalte gegen Unterstützung auf diesem Gebiet gibt. Dennoch verfolgt die OSZE durch ihre Antiterrorgruppe (*Action against Terrorism Unit*, ATU) im Sekretariat und das OSZE-Büro Initiativen zur Beschleunigung der Ratifizierung der Antiterrorismuskonventionen (z.B. im Zusammenhang mit VN-Sicherheitsratsresolution 1373), zur Verhinderung terroristischer Anschläge (z.B. Entführungen), zur Durchführung von Maßnahmen gegen gefälschte Reisedokumente und zur Bekämpfung von Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus.

Ein weiteres Betätigungsfeld ist der Kampf gegen die Korruption – ein Übel, mit dem sich viele Transformationsländer auseinander setzen müssen. Angesichts der Gefahr, die Korruption für die soziale, wirtschaftliche, aber auch politische Entwicklung Armeniens darstellt, unterstützt das OSZE-Büro die armenischen Behörden mit Nachdruck bei der Erarbeitung einer Antikorruptionsstrategie und fördert gleichzeitig die Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Die armenische Regierung hat im Januar 2004 endlich eine Antikorruptionsstrategie vorgelegt, nachdem sie mehrere Jahre mit Unterstützung und auf ständiges Drängen der internationalen Gemeinschaft, in erster Linie des

schnellstmöglich zu beseitigen“. Statement by Mr. Alexey N. Borodavkin, Permanent Representative of the Russian Federation, at the Meeting of the OSCE Permanent Council, PC.DEL/630/04, 8. Juli 2002, S. 2.

OSZE-Büros, daran gearbeitet hatte. Das Papier, das dabei herausgekommen ist, ist jedoch inhaltlich eher dünn. Doch unabhängig von dem Papier – der Maßstab wird letztendlich die Implementierung ernsthafter Antikorruptionsmaßnahmen sein, die bislang noch ausgeblieben sind.⁶

Korruption trat in Armenien nicht plötzlich mit der Unabhängigkeit auf, sie ist vielmehr ein Phänomen, das seinen Ursprung im Sowjetsystem hat, dem Armenien sieben Jahrzehnte unterworfen war. Armenien hat jedoch seit der Unabhängigkeit und beim Übergang zur Demokratie mit der Bekämpfung der Korruption noch eine gewaltige Aufgabe zu lösen, insbesondere weil Korruption sowohl in der Regierung als auch in der Gesellschaft tief verwurzelt ist. Aufgrund der geringen Größe des Landes und der engen Verbindungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen ist der Kampf gegen die Korruption in Armenien eine noch schwierigere Aufgabe als in größeren und stärker diversifizierten Gesellschaften. Korruption ist nicht nur in der Regierung und in den Behörden verbreitet; vielmehr ist die gesamte Bevölkerung Armeniens so daran gewöhnt, ihre alltäglichen Geschäfte über Beziehungen, Zahlungen unter der Hand, Bestechung und ähnliches abzuwickeln, dass man gar nicht weiß, wo man anfangen soll.

Seit seiner Eröffnung arbeitet das OSZE-Büro umfassend mit der armenischen Nationalversammlung zusammen und bietet Hilfestellung und Expertise bei einer Reihe von Gesetzesentwürfen an. Im Jahr 2004 startete das OSZE-Büro zwei neue Projekte, die speziell darauf abzielen, die Arbeit des Parlaments zu verbessern. Beim ersten Projekt handelte es sich um ein dreiwöchiges Weiterbildungsprogramm für Experten dreier ständiger Parlamentsausschüsse, an das sich für einige der Teilnehmer ein einwöchiger Erfahrungsaustausch im ungarischen Parlament anschloss. Das zweite Projekt besteht in der Unterstützung des Parlaments bei der Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für Abgeordnete. Die beiden neuen Initiativen sollen die professionelle Arbeit des Parlaments verbessern. Das gilt nicht nur für die Gesetzgebung; sie sollen auch sein Verhältnis zur armenischen Gesellschaft verbessern. Die Projekte des OSZE-Büros werden in Zusammenarbeit und mit Hilfe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE durchgeführt.

Die ökonomisch-ökologische Dimension

Die Organisation hat sich in den letzten Jahren bemüht, für sich eine Nische in der ökonomisch-ökologischen Dimension zu finden. Die OSZE hat letztendlich beschlossen, als Katalysator bei der Förderung wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte von Sicherheit zu fungieren, ohne jedoch die Arbeit anderer spezialisierterer Organisationen und Agenturen in diesem Bereich zu duplizieren. Diese Feinabstimmung schlägt sich auch in der Arbeit vor Ort

6 Laut Transparency Internationals *Corruption Perception Index* für das Jahr 2003 ist Armenien weniger korrupt als andere GUS-Staaten wie z.B. Georgien, Aserbaidschan und Russland.

nieder, wo die Aktivitäten nun konkreter und zielgerichteter sind. Wie jedes Jahr werden die Prioritäten in dieser Dimension weitgehend vom Thema des jährlichen Wirtschaftsforums und dessen Vorbereitungsseminaren bestimmt; so liegt der Schwerpunkt beispielsweise im Jahr 2004 auf der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Darüber hinaus ist es in den letzten Jahren zu einer Erweiterung um zusätzliche sicherheitsrelevante Wirtschaftsbe-
reiche gekommen. Das OSZE-Büro befasst sich hier in enger Zusammenar-
beit mit dem Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der
OSZE beispielsweise mit Handelserleichterungen, der Förderung ausländi-
scher Investitionen und der Wirtschaftsentwicklung im äußersten Süden Ar-
meniens.

Die Arbeit der OSZE im Umweltbereich hat – ebenfalls in Zusammenarbeit
mit dem Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten – in den
letzten Jahren sogar noch stärker zugenommen. Zu den größten Erfolgen des
OSZE-Büros auf diesem Gebiet gehören die Förderung des Beitritts Arme-
niens zur so genannten Århus-Konvention von 1998 über den Zugang zu In-
formationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und
den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten sowie die daraufhin er-
folgte Einrichtung eines öffentlichen Umweltinformationszentrums in Arme-
nien, das zur Umsetzung der drei Pfeiler der Konvention beitragen soll. Das
OSZE-Büro unterstützt auch zunehmend die gemeinsame Initiative von
OSZE, UNEP und UNDP zur Umweltsicherheit, die in erster Linie darauf
ausgerichtet ist, gravierende sicherheitsrelevante Umweltrisiken zu erkennen
und sich mit ihnen zu befassen. Darüber hinaus fördert es im Rahmen des
OSZE/NATO-Projekts zur Flussüberwachung im Südkaukasus Maßnahmen
zum Wassermanagement. Das Projekt, an dem alle drei Staaten des Südkau-
kasus beteiligt sind, ist einzigartig.

Die menschliche Dimension

Im Bereich der menschlichen Dimension wurde die Unterstützung der OSZE
für Armenien vor allem vom BDIMR geleistet. Auf der Grundlage eines
Memorandum of Understanding, das bereits 1998, also noch vor der Eröff-
nung des OSZE-Büros im Jahr 2000 zwischen dem BDIMR und Armenien
abgeschlossen worden war, begann das BDIMR Programme in Armenien
durchzuführen. Die Arbeit des OSZE-Büros in der menschlichen Dimension
geht auf diese ursprünglichen Projekte zurück und hat sich im Laufe der
Jahre zu einer engen Zusammenarbeit entwickelt. Alljährlich erarbeitet das
OSZE-Büro zusammen mit dem BDIMR Projekte, die je nach den aktuellen
Entwicklungen und Bedürfnissen im Lande im Bereich der menschlichen
Dimension durchgeführt werden. Arbeitsschwerpunkte sind derzeit u.a. die
Gefängnisreform, die Bekämpfung des Menschenhandels, die Förderung der
Gleichstellung der Geschlechter, die Erleichterung des Aufbaus demokrati-
scher Institutionen (z.B. die Einrichtung einer Ombudsmannstelle), die För-

derung freier und fairer Wahlen, die Entwicklung eines Einwohnermelderegisters, die Förderung der Religionsfreiheit und von Alternativen zum Militärdienst sowie die Schulung und Entwicklung der Zivilgesellschaft.

Ein grundlegender Bereich der Zusammenarbeit ist die umfangreiche Unterstützung durch das BDIMR in Form der Bereitstellung von Expertise zur Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen. Diese Hilfe auf dem Gebiet der Gesetzgebung hat sich in den letzten Jahren aufgrund des Beitritts Armeniens zum Europarat und der daraus resultierenden Verpflichtungen verstärkt. Fast die gesamte vom BDIMR in den letzten Jahren zur Verfügung gestellte Expertise wurde in enger Zusammenarbeit mit den Europarat entwickelt, um gegenüber der armenischen Regierung Geschlossenheit zeigen zu können. Ende 2003 hatte Armenien nach eigener Auffassung die meisten der Verpflichtungen des Europarats durch die Ausarbeitung und Verabschiedung entsprechender Gesetze erfüllt. In den Augen der OSZE gibt es jedoch noch immer Bereiche, in denen die Gesetzgebung verbessert werden muss, obwohl die einzelnen Rechtsakte erst kürzlich erarbeitet oder novelliert wurden (z.B. für Kundgebungen und Demonstrationen sowie im Bereich Wahlen). Leider war es auf einigen Gebieten mit der einmaligen Ausarbeitung von Gesetzen nicht getan. Einige Gesetze wurden nur verabschiedet, um Termine einzuhalten, andere, um politischen Erfordernissen Rechnung zu tragen, was dazu geführt hat, dass der ganze Aufwand wiederholt werden muss und die Gesetze in relativ kurzer Zeit noch einmal neu ausgearbeitet oder aber geändert werden müssen. Dann wiederum gibt es Gesetze, deren verabschiedete Fassung der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der OSZE, akzeptabel erscheint, bei denen nunmehr aber bestimmte armenische Regierungsstellen Änderungen wünschen, bevor die Gesetze überhaupt in Kraft getreten sind (z.B. das Gesetz über die Informationsfreiheit). Insgesamt wird die Reform der Gesetzgebung in Armenien also noch einige Jahre dauern und die OSZE wird geduldig versuchen, diesen Prozess zu unterstützen. Die dafür notwendigen Mittel sind jedoch nicht immer leicht zu bekommen und das wird auch nicht eben einfacher, wenn bereits geleistete Arbeit wieder und wieder gemacht werden muss.

Last but not least darf mit Blick auf die menschliche Dimension eine der wichtigsten Tätigkeiten des BDIMR (und das nicht nur in Armenien) nicht fehlen: die Wahlbeobachtung. Im ersten Halbjahr 2003 hat das BDIMR beide Wahlgänge der Präsidentschaftswahlen und die Parlamentswahlen beobachtet. Die Wahlen entsprachen zwar laut BDIMR nicht den internationalen Standards, die Wahlbeobachtung und die entsprechenden Folgemaßnahmen sind jedoch wichtig für Verbesserungen in diesem Bereich. Die Wahlbeobachtung, die sich wie üblich über mehrere Wochen hinzog und zu der auch eine anschließende umfassende Wahlanalyse gehört, zeigte eine Reihe von Gebieten auf, in denen Korrekturen vorgenommen werden müssen. Dies wird das OSZE-Büro und die armenischen Behörden bis weit in das Jahr 2004 hinein und noch darüber hinaus beschäftigen. Obwohl die OSZE Armenien

für die Reform seiner Wahlgesetzgebung in den vergangenen Jahren bis zu den jüngsten Änderungen des Wahlgesetzes im Jahr 2002 seine Expertise zur Verfügung gestellt hat, haben die Wahlen des Jahres 2003 gezeigt, dass weitere Verbesserungen der Gesetze, vor allem aber der Wahlverwaltung notwendig sind. Bei Ersterem kann die OSZE helfen. Letzteres aber ist eher eine Frage des politischen Willens – und den müssen die Armenier schon selbst aufbringen, obwohl die OSZE natürlich versucht, die armenische Regierung davon zu überzeugen, dass eine Verbesserung der Wahlverwaltung nur zu positiven Veränderungen im Land führen kann.

Medienfreiheit ist ein weiteres Gebiet, auf dem sich die OSZE in den letzten Jahren zunehmend engagiert hat. Die Ausarbeitung von Mediengesetzen, vor allem des Gesetzes über Masseninformatio und des Gesetzes über die Informationsfreiheit, aber auch das Bemühen um Änderungen im Rundfunk- und Fernsehgesetz haben dieses Arbeitsgebiet stärker in den Vordergrund gerückt. In diesem Zusammenhang hat sich in den vergangenen Jahren auch die Zusammenarbeit mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit vertieft, dessen Büro Expertise für Gesetzesentwürfe zur Verfügung gestellt, medienrelevante Entwicklungen in Armenien kommentiert und Beratung geleistet hat.

Die Bilanz der beiden letzten Jahre auf dem Gebiet Medienfreiheit fällt in Armenien nicht besonders positiv aus. Das OSZE-Büro sah sich daher veranlasst, sich verstärkt mit diesem Bereich zu befassen. Im April 2002 wurden die Sendelizenzen zweier Fernsehsender, die allgemein als unabhängig galten, im Zuge des neuen Ausschreibungssystems, das nach der Verabschiedung des Rundfunk- und Fernsehgesetzes eingeführt worden war und das nach Ansicht internationaler Experten einige Mängel aufweist, nicht erneuert. Sie scheiterten nicht nur mit ihrer erstmaligen Bewerbung um die Erneuerung ihrer Sendelizenz nach dem neuen System, sondern haben seither auch in den vergangenen zwei Jahren an zahlreichen weiteren Ausschreibungen vergeblich teilgenommen. Da das Fernsehen die Hauptinformationsquelle für die meisten Armenier ist, ist es durchaus Besorgnis erregend, dass Fernsehsender, die abweichende Ansichten vertreten, keine Sendelizenzen erhalten. Bereits 2003 hatte die damalige Wahlbeobachtungsmission kritisiert, dass der Bevölkerung der Zugang zu einem breiten Meinungsspektrum verwehrt war. Obwohl Gewaltverbrechen in Armenien selten sind (mit der krassen Ausnahme der Attentate im Parlament am 27. Oktober 1999), ist es in den letzten Jahren zu einigen schwerwiegenden, wenn auch nur vereinzelt Gewalttaten gegen Journalisten gekommen. 2002 erlitt ein Journalist Verletzungen durch eine Handgranate, die nach ihm geworfen wurde, und der Leiter des staatlichen Fernsehsenders wurde ermordet. In jüngster Zeit hat die Gewalt gegen Journalisten, die über Versammlungen der Opposition im April 2004 berichteten, viel Kritik von Seiten der OSZE und der internationalen Gemeinschaft nach sich gezogen.

Schlussfolgerung

Streng genommen hat Armenien zwar auf seinem demokratischen Reformkurs noch viel zu leisten; bedenkt man jedoch den Ausgangspunkt und das Umfeld, in dem Armenien agiert, hat das Land bereits große Fortschritte gemacht. Die Hauptaufgabe besteht nun darin, diesen Weg fortzusetzen, ohne an Tempo zu verlieren.

In diesem Zusammenhang wächst und gedeiht die Zusammenarbeit zwischen Armenien und der OSZE, vor allem durch ihre Präsenz vor Ort, das OSZE-Büro in Eriwan auf vielen Gebieten und trägt zur Sicherheit und Stabilität in Armenien bei. Die OSZE ist durch ihre Feldpräsenz ein Forum, in dem Probleme auf allen Ebenen und in gemeinsamen Bemühungen aufgeworfen, diskutiert und angegangen werden können. Politische und diplomatische Instrumente sind ein Teil dieser Arbeit. Konkrete Aktivitäten und Projekte in jeder der drei Dimensionen des umfassenden Sicherheitsverständnisses der OSZE sind ein weiterer. Durch Beobachtung und Beratung, die Förderung verantwortlicher Regierungsführung und des demokratischen Institutionenaufbaus trägt die OSZE zur Entwicklung einer stabilen und sicheren Staatlichkeit Armeniens auf seinem Weg nach Europa bei.